



Nr. 56 | 27.07.2021

Belarus-Analysen

- **Geschichtspolitik, Nationalsymbole und Strafverfolgung**
- **Mögliche Transformationswege**
- **Menschenrechtslage**

ANALYSE	
»Der Genozid am Belarussischen Volk« als politischer Diskurs und Strafverfolgungspraxis Felix Ackermann (Deutsches Historisches Institut Warschau)	2
UMFRAGEN	
Wahrnehmung nationaler Symbole in Belarus	6
KOMMENTAR	
Wie wird die belarussische Transformation aussehen? Ryhor Astapenia (Zentrum für neue Ideen, Minsk)	7
DOKUMENTATION	
Die Lage der Menschenrechte in Belarus im Juni 2021 Bericht des Menschenrechtszentrums »Wjasna«	10
STATISTIK	
Covid-19 in Belarus, Stand 26. Juli 2021	14
CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 04. Mai – 19. Juni 2021	20
CHRONIK	
01. April – 31. Mai 2021	20

»Der Genozid am Belarusischen Volk« als politischer Diskurs und Strafverfolgungspraxis

Felix Ackermann (Deutsches Historisches Institut Warschau)

DOI: 10.31205/BA.056.01

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird die Verbindung zwischen offizieller Geschichtspolitik der Republik Belarus und der Verfolgung von Anhänger:innen der Protestbewegung beleuchtet. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie das sowjetische Narrativ vom Genozid am belarusischen Volk infolge der Massenproteste nach dem Spätsommer 2020 aktualisiert wurde, um es ideologisch, politisch und juristisch gegen Oponent:innen des Regimes von Aljaksandr Lukaschenka zu richten. Im Frühjahr 2021 nahm die daraus resultierende aktive Verfolgung eine neue Wendung gegen die polnische Minderheit innerhalb der Republik Belarus.

Der Genozid am Belarusischen Volk

Am 22. März 2021 gab Aljaksandr Lukaschenka mit seiner Rede zum 78. Jahrestag der Zerstörung von Chatyn den neuen Tonfall einer radikalisierten staatlichen Geschichtspolitik vor. Das unter deutscher Besatzung zerstörte Dorf ist eine Chiffre für die 186 Ortschaften, die nach der Vernichtung seiner Bewohner:innen und Behausungen nicht mehr aufgebaut wurden. Außerdem wird dort an die 433 verbrannten und wieder aufgebauten Dörfer erinnert. Am Beginn der Rede bezieht sich Lukaschenka auf sowjetische Versatzstücke, die als Begründung einer neuen Art von Nation als Reaktion auf die national-sozialistische Vernichtung verweisen: »Diese Wahrheit ist schrecklich, diese Erinnerung wiegt schwer. Vergegenwärtigen Sie sich, dass die Besatzer und ihre Helfer, örtliche Polizisten über 9.200 belarusische Dörfer, von ihnen mehr als 5.000 zusammen mit den Einwohnern verbrannt haben. Wir wissen, wie das alles beginnt. Es beginnt mit der Idee rassistischer und genetischer oder beliebiger anderer Überlegenheit der einen Völker über andere; mit der Unterscheidung Höherer und Niederer. Es ist schrecklich, dass diese Theorien heute noch Anhänger in der ganzen Welt finden. Aber zum Glück ist die faschistische Ideologie unseren Belarusen fremd, deren genetisches Gedächtnis zu ihrer nationalen Immunität wurde.« Mit einem kleinen rhetorischen Eingriff bringt Aljaksandr Lukaschenka den geschichtspolitischen Pfeil in Stellung. Er blendet in der Rede den Holocaust aus und verengt den Nationalsozialismus in der besetzten BSSR auf die Verfolgung von Slaw:innen: »In diesem Gedächtnis liegt viel Schmerz und Leid. In ihm wird eine tragische historische Erfahrung aufbewahrt. Es ist eine Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg nicht einfach nur ein Krieg war. Er wurde zur geplanten Auslöschung unserer slawischen Völker,« heißt es weiter. Diese Formel genozidaler Gewalt gegen Belarus:innen (und die hier nicht explizit erwähnten Russ:innen und Ukrainer:innen) wendet Lukaschenka

schon im nächsten Satz gegen die belarusische Protestbewegung, in dem er ihr unterstellt, Anhänger:innen nationalsozialistischer Ideologie zu sein: »An diesem Jahrestag der Tragödie von Chatyn möchte ich mich an die wenden, die bewusst versuchen die Symbole des Nationalsozialismus wiederzubeleben.« In der Ansprache wird deutlich, dass Lukaschenka explizit diejenigen Bürger der Republik Belarus meint, die im Spätsommer und Herbst 2020 betont gewaltfrei unter der weiß-rot-weißen Flagge gegen seine Herrschaft demonstriert hatten. Bedenkt man, dass der Zweite Weltkrieg auf dem Territorium der heutigen Republik Belarus etwa zwei Millionen Opfer gefordert hat, sind die folgenden Formulierungen unhaltbare, ehrabschneidende und boshafte Unterstellungen: »Ich wende mich an all diejenigen, die davon überzeugt sind, dass der Faschismus die Zivilisation in unser Land gebracht habe. An die, die die Mörder heroisieren, an die, die sich vor weiß-rot-weißen Flaggen verneigen, unter denen der Genozid am belarusischen Volk vollzogen wurde.« Die behauptete Verherrlichung dient allein der rhetorischen Begründung der mit dieser Rede angekündigten Verfolgung der politischen Gegner:innen: »Wir haben uns dieses Problems angenommen. Wir werden beweisen und der ganzen Welt zeigen, was Genozid ist, und dass die, die uns heute zu belehren versuchen, wie wir zu leben haben, dass sie zumindest darauf kein Recht haben.« In dieser allgemein gehaltenen Formulierung ist sowohl die folgende Stoßrichtung der Geschichtspolitik in Richtung Litauen und Polen als auch gegen die eigene Bevölkerung in der Republik Belarus angelegt. Im zweiten Teil der Rede verstärkt Lukaschenka die rhetorische Anmaßung noch, in dem er das Ausmaß nationalsozialistischer Gewalt auf die heutige Protestbewegung projiziert.

An der Argumentation der Rede lässt sich ablesen, was bereits in den Monaten seit August 2020 öffentlich sichtbar wurde: Aljaksandr Lukaschenka hatte als Reaktion auf das historische Ausmaß der Proteste beschlossen,

dass er Hunderttausende friedliche Demonstrierende und ihr gemeinsames Symbol bürgerschaftlichen Protests – die weiß-rot-weiße Flagge – zu Anhänger:innen des Nationalsozialismus und die Flagge zu einem faschistischen Symbol erklärt. Er hatte bereits zuvor immer wieder behauptet, dass es eine ideologische Linie gebe, die von den belarusischen Kollaborateuren der deutschen Besatzern über die Emigration bis hin zur Nationalbewegung am Ende der Sowjetunion führen. Nun begann Lukaschenka eine angebliche Kongruenz zwischen der Ideologie des Nationalsozialismus und der Protestbewegung zu behaupten. Zentral dafür war die Einstufung der weiß-rot-weißen Flagge als extremistisches Symbol. Zu dieser hatte Lukaschenka noch 2020 den öffentlichen Startschuss geben, der im Folgenden von ihm untergebenen Diensten als Aufforderung zum Übergang von Geschichtspolitik hin zu Strafverfolgung verstanden wurde. Noch 2019 war im Zuge der Vorbereitung einer Novelle des Gesetzes zur Extremismusbekämpfung nach Beratungen mit Hochschulen, der Akademie der Wissenschaften, dem KGB und anderen Diensten, die weiß-rot-weiße Flagge als nationales Symbol eingestuft und nicht verboten worden. Die Argumentation der entscheidenden Gutachten verwies auf die Rolle der Flagge 1918 und 1991 als Hoheitszeichen eines in Gründung befindlichen belarusischen Staats. Auch Aliaksandr Lukaschenka war 1994 nach den einzigen freien Wahlen der Republik Belarus noch unter dieser weiß-rot-weißen Flagge als Staatsoberhaupt vereidigt worden. Im Frühjahr 2021 wurde die neue offizielle Bewertung der Flagge verbunden mit einer neuen geschichtspolitischen Kampagne. Dazu gaben für Geheimdienste und Staatsideologie zuständige Einrichtungen ein klar verständliches Codewort aus: Genozid.

Die Aktualisierung des Narrativs vom »Genozid am Belarusischen Volk« hatte zur Folge, dass die Staatsanwaltschaft im Mai 2021 Ermittlungen aufnahm, um ein Untersuchungsverfahren wegen »Genozid am Belarusischen Volk« einleiten zu können. Dazu sandte die Generalstaatsanwaltschaft mehrere Gesuche um Amtshilfe an Einrichtungen in Deutschland, von denen sie annahm, dass sie über Dokumentationen der Nachkriegs-Prozesse u. a. in Nürnberg verfügen. In sozialen Netzwerken wurde kolportiert, dass im Juni 2021 in zeitlicher Nähe zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion in Minsk systematisch überlebende Häftlinge deutscher Konzentrationslager sowie ehemalige Zwangsarbeiter telefonisch unter Druck gesetzt wurden, um nach mehreren Jahrzehnten nochmals Auskunft über ihre Erlebnisse zu geben. Dabei wird einerseits in Kauf genommen, dass diese Überlebenden durch den staatlichen Zwang zur Auskunft erneut traumatisiert werden. Andererseits gibt es Anzeichen dafür, dass die neuerlichen Ermittlungen nicht der Feststellung von

Täterschaft dient, sondern in erster Linie Aussagen zu Tage fördern sollen, die ermöglichen, die weiß-rot-weiße Flagge in Verbindung mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Allgemeinen oder konkreten Erschießungen im Besonderen zu bringen. Es ist also davon auszugehen, dass das Ermittlungsverfahren Teil der gezielten Diffamierung und versuchten Delegitimierung der Protestbewegung ist. Diese staatliche Geschichtspolitik und die aus ihr resultierende Strafverfolgung sind also nur Mittel zum Zweck, der Erzählung der Protestierenden von der Möglichkeit friedlicher Selbstbestimmung eine Erzählung eines bereits vollzogenen Genozids entgegen zu setzen.

Struktureller Antisemitismus und die Verfolgung der polnischen Minderheit

Die staatliche Aktivierung von Strafverfolgung eines Genozids am Belarusischen Volk erfolgte in Lukaschenkas Rede sowie in weiteren öffentlichen Verlautbarungen zum Thema ohne die explizite Erwähnung der etwa 500.000 Opfer des Holocausts auf dem Gebiet der BSSR. Zugleich werden die in der besetzten Sowjetunion sowie im besetzten Polen ermordeten Juden stets in die aufgerundete Opferzahl von »jedem dritten Belarusen« aufgenommen. Diese bewusste Manipulation steht ganz in der Tradition sowjetischer Erinnerungstafeln, die an den Erschießungsstellen des »Holocaust by Bullets« »Ermordete sowjetische Zivilisten« vermerken. Die politische Forcierung einer Genozid-Erzählung bei gleichzeitig weitgehender Auslassung des Holocausts ist an sich ein antisemitischer Akt.

In unmittelbarer zeitlicher Nähe kam es in den Monaten April und Mai 2021 zu einem deutlichen Anstieg offen antisemitischer Aussagen in Staatsmedien. Diese richteten sich gegen konkrete Personen, die als Juden dargestellt und beleidigt wurden – wie etwa im Fall des Düsseldorfer Historikers Alexander Friedman, der wiederholt auf den Seiten der vom Präsidialamt herausgegebenen Zeitung Sowjetskaja Belorusija offen angegriffen wurde. Zusätzlich versuchen die Akteur:innen der Staatspropaganda systematisch, die Protestbewegung als Ergebnis eines geheimen Plans ausländischer Mächte darzustellen. In dieser Vorstellung vermengen sich konkrete Hinweis auf angebliche jüdische Vorfahren einzelner Akteur:innen in der Protestbewegung mit der strukturell antisemitischen Vorstellung von »vaterlandslosen Gesell:innen«, die sich von ihrer Heimat abgewandt haben und gegen Geld für fremde Mächte tätig werden. Diese Versuche, die Protestbewegung zu diffamieren, sind strukturell antisemitisch, auch wenn sie sich nicht in erster Linie gegen die jüdische Minderheit in Belarus richten.

Die entscheidende Veränderung im Frühjahr 2021 war die Übertragung dieser strukturell antisemitischen

Erklärung der Proteste als angebliches Machwerk ausländischer Agenten auf Polen und Litauen als Staaten, von denen aus die Protestbewegung mithilfe von Geheimdiensten koordiniert werde. Als Beleg kann eine bestellte Demonstration am Tag nach der Chatyn-Rede Lukaschenkas vor der Botschaft der Republik Polen in Minsk gedeutet werden, auf der unter anderem ein Plakat »Gegen einen neuen Genozid am Belarusischen Volk« zu sehen war. Die groben ideologischen Holzschnitte der für Propaganda zuständigen Träger des Lukaschenka-Regimes sind inzwischen so überzogen und von jeder empirischen Wirklichkeit abgekoppelt, dass in »Sowjetskaja Belorussija« selbst Behauptungen abgedruckt werden, die Protestbewegung oder die Sanktionen vonseiten der EU bewirkten angeblich 2021 einen Genozid.

Der diskursiven Vorgabe eines angeblichen Angriffs aus Polen und Litauen auf Belarus folgte noch im März 2021 die Strafverfolgung wichtiger Vertreter der polnischen Minderheit, die im Nordwesten der Republik in einem von den belarusischen Behörden nicht anerkannten und von Polen aus unterstützten Bund der Polen organisiert ist. Neben der Vorsitzenden Andželika Borys und dem Publizisten Andrzej Poczobut wurden im März an den Tagen nach Lukaschenkas Rede in Chatyn drei weitere Polinnen verhaftet, die in kleineren Ortschaften Bildungsarbeit auf Polnisch organisiert hatten. Borys erhielt zunächst eine Arreststrafe von 15 Tagen, weil sie – wie in den Jahren zuvor – im März den traditionellen Frühjahrsmarkt zu Ehren des Hl. Kasimii organisiert hatte. Poczobut wird zur Last gelegt, dass er im Februar 2021 in Brest einen Workshop zur Geschichte der Verfeimten Soldaten organisiert hatte, die nach Auflösung der Heimarmee weiter in den Wäldern in den ehemaligen Ostgebieten der Republik Polen verharrten und punktuell sowjetische Funktionsträger sowie vereinzelt russisch-orthodoxe Bauern angriffen. Dabei wurde noch auf den dritten Teil des § 130 des Strafgesetzbuches der Republik Belarus zurückgegriffen, der etwa analog zum Straftatbestand der Volksverhetzung in Deutschland angelegt ist. Dabei wird einer ganzen Gruppe zur Last gelegt, sie würden den Nationalsozialismus verherrlichen. Die Polnische Schule in Brest, wo der Workshop stattgefunden hatte, wurde wegen angeblicher Gesetzesverletzungen geschlossen. In kleineren Ortschaften wie Baranawitschy und Walkawysk erfolgten Kontrollen von Sprachschulen, bei denen der Eindruck entstand, es würden sowohl die Polnisch-Lehrer:innen als auch ihre Schüler:innen in den Fokus der Strafverfolgung geraten.

Ziel der punktuellen Verhaftungen von Vertreter:innen der polnischen Minderheit in Belarus ist einerseits eine symbolische Reaktion auf die Unterstützung der Protestbewegung vonseiten der Republik Polen – etwa in Form des von Polen aus operierenden Satelli-

tenfernsehens Belsat oder des Telegram-Kanals Nexta. Andererseits dient die öffentliche Hetzjagd auf Pol:innen in Belarus vor allem der Abschreckung nach Innen. So wird eine große und sichtbare ethnische Minderheit als Sündenbock angeprangert und in Verbindung mit dem Argument, dass ihr Protest von außen gesteuert sei, werden die Inhaftierten gezielt unter Druck gesetzt, das Land zu verlassen. Damit wird indirekt nahe gelegt, dass diese Möglichkeit allen Pol:innen – und Protestierenden – offen stehe. Die Struktur dieses Vorgehens erinnert an antisemitische Kampagnen in den 1940er, 1950er und 1960er Jahren in Polen und der Sowjetunion.

Das Gesetz zur Verhinderung der Rehabilitierung des Nationalsozialismus

Eine Veränderung des juristischen Rahmens ergab sich durch die Nivellierung des Gesetzes zur Bekämpfung von Extremismus, das so überarbeitet wurde, dass jede Form von Protest – egal ob als Gemeinschaft im Hinterhof, als Marsch durch das Stadtgebiet oder als große nicht genehmigte Demonstration als Form von Extremismus verfolgt werden kann. Eine besondere Bedeutung spielt dabei die neue Interpretation von vormals staatlichen Symbolen – allen voran der weiß-rot-weißen Flagge sowie dem auf Belarusisch als Pahonia bezeichneten Wappen. Auf Drängen des KGB sollen diese Symbole ebenso wie der Ruf »Es lebe Belarus« als nationalsozialistische Symbole behandelt werden. Dass dieser verleumdende Modus der Bekämpfung jeglicher Form von Bürgerprotest vonseiten des Staats die Grundlage zukünftiger Verfolgungen ausmacht, ist am Wortlaut des neuen Gesetzes zur Verhinderung der Rehabilitierung des Nationalsozialismus zu erkennen, das so geschrieben wurde, dass jede Protestform mit der weiß-rot-weißen Flagge als öffentliche Verherrlichung des Nationalsozialismus gedeutet werden kann. Dabei kommt es zu der im Umgang mit der Flagge bereits aufgezeigten semiotischen Verschiebung.

Einerseits wird Nationalsozialismus im Gesetzestext wie folgt definiert: eine »totalitäre Ideologie (Doktrin) und Praxis, die von Hitler-Deutschland, seinen Verbündeten und Satelliten von 1933 bis 1945 angewandt wurde, verbunden mit totalitären terroristischen Herrschaftsmethoden, die offizielle Rangordnung aller Nationen in Bezug auf ihren Wert und Propaganda, die die Überlegenheit bestimmter Nationen über andere fördert, begleitet von Verbrechen gegen Frieden und Sicherheit.« Andererseits erhalten so viele staatliche Einrichtungen einen Auftrag zur Bekämpfung der Verherrlichung des Nationalsozialismus, dass der Gesetzestext für ganz unterschiedliche Tätigkeiten eingesetzt werden kann. Dazu gehören neben der Staatsanwaltschaft, dem Ministerium des Inneren auch die Akademie der Wissenschaften sowie auf lokaler Ebene die örtlichen Exe-

ktiv- und Verwaltungsbehörden. Sie haben den Auftrag zur Überwachung eines breiten Spektrums von Kultur, Medien und Wissenschaft, aber auch Gewerkschaften, Parteien und religiöse Organisationen. Durch die neue Deutung der weiß-rot-weiße Flagge und anderer Symbole, die von 1991 bis 1995 Staatssymbole waren, als nationalsozialistische Symbole, lässt sich auf Grundlage dieses Gesetzes praktisch jeder Bürger und jede Bürgerin der Republik Belarus verfolgen, die eine von der Staatsmacht abweichende Meinung haben. Dabei spielen ihre konkreten ideologische Orientierung und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus überhaupt keine Rolle, denn bei diesem Verweis handelt es sich nur um eine narrative Struktur, um jede Form von Protest als Inkarnation des Bösen darzustellen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass in Belarus staatliche Stellen sowohl die Protestbewegung als auch die Historiographie zum Zweiten Weltkrieg als Teil eines angeblich hybrid geführten Krieges gegen den belarussischen Staat darstellen. Wadsim Lakisa, der Direktor des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften formulierte das auf einer Konferenz zum 80. Jahrestag des Überfalls des Deutschen Reichs auf die Sowjetunion im Juni 2021 in Hrodna so: »Seit dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges sind achtzig Jahre vergangen. Und es scheint, dass wir alles wissen. Es gibt Tausende von wissenschaftlichen Artikeln, Dutzende von Monographien, Sammelausgaben, dokumentarische Bücher. Aber wer hätte gedacht, dass wir wieder ›kämpfen‹ müssen. Wir befinden uns in einem Zustand der hybriden Kriegsführung, ein Element davon ist der Versuch, die Geschichte zu verzerren und die Rolle des sowjetischen Volkes beim Sieg über

den Faschismus zu nivellieren. Es ist wichtig, die historische Wahrheit zu verteidigen, sie zu bewahren.« Genau deshalb sei die Wiederaufnahme von Ermittlungen zum Straftatbestand des Genozid an Belarus:innen wichtig, ebenso wie die Verhinderung der Rehabilitierung des Nationalsozialismus. Abschließend behauptet er erneut und ohne empirische Grundlage, dass die nationalsozialistische Ideologie heute sowohl in Deutschland, unter den Kollaborateuren des Deutschen Reichs wie unter ihren (geistigen und direkten Bluts-)Nachfahren – gemeint sind die Anhänger der Protestbewegung – noch immer weit verbreitet sei, weil sie nicht nur keine Buße gezeigt hätten, sondern aktiv versuchen, ihre Ideologie zu verbreiten.

Dieses Zitat ist wichtig, um zu verstehen, dass es den verantwortlichen Personen in der Republik Belarus 2021 nicht um eine aktive Auseinandersetzung um einzelne Interpretationen des Zweiten Weltkriegs geht. Stattdessen versuchen sie den Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« als Ressource im Konflikt mit einem Großteil ihrer eigenen Bevölkerung nutzbar zu machen. Diesen Konflikt verstehen Lakisa und Lukaschanka als Krieg. Sie führen ihn zugleich nach Innen gegen die Bürger:innen, die noch immer gegen die Gewalt des Regimes eintreten, und nach außen gegen die EU-Staaten, die die Sanktionen gegen Lukaschenka unterstützt haben. Weil es sich dabei in der Gedankenwelt von Aljaksandr Lukaschenka nicht um einen metaphysischen, sondern um realen Krieg handelt, ist es nur folgerichtig, dass nach der symbolischen Ausgrenzung der Protestbewegung, die strafrechtliche Verfolgung begann. Diese wird im Alltag von mehr als 530 politischen Gefangenen zu physischer Gewalt.

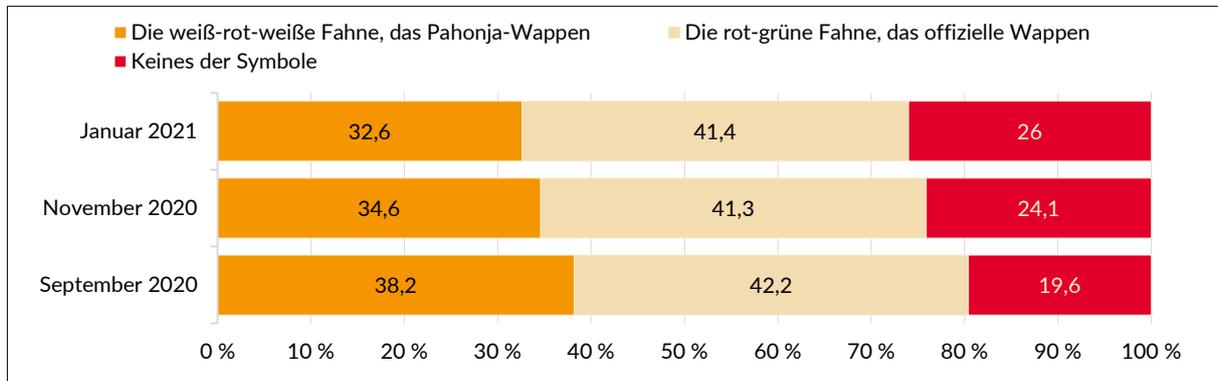
Über den Autor:

Dr. Felix Ackermann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Er studierte Kulturwissenschaften, Geschichte und Politologie an der Europa-Universität Viadrina sowie an der London School of Economics.

UMFRAGEN

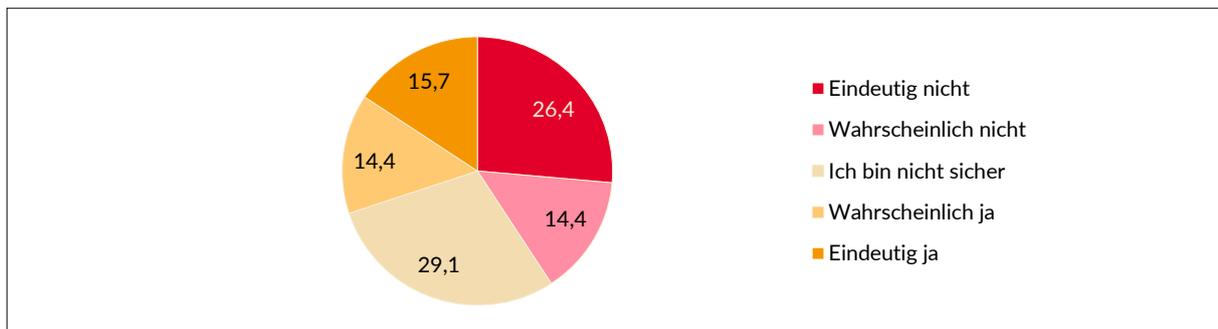
Wahrnehmung nationaler Symbole in Belarus

Grafik 1: Welche der folgenden Staatssymbole sind Ihnen näher ? (%)



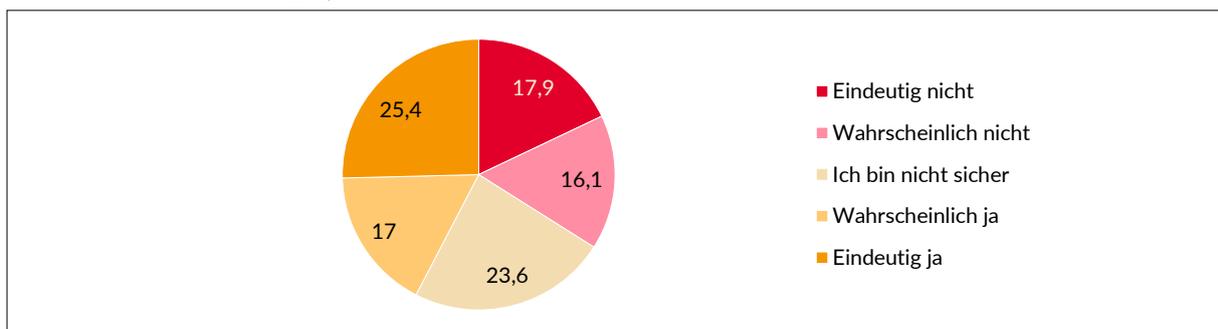
Quellen: *Belarusians' views on the political crisis*, Chatham House (September 2020, Seite 25; November 2020, Seite 42; Januar 2021, Seite 28); <https://drive.google.com/file/d/13fE7DjWN0NFldsCZK9g5MmjW0VemlyW/view>; https://drive.google.com/file/d/1VVEfR3raAikJrMRo-t_vkjOzNmrhDKvN/view; <https://drive.google.com/file/d/1f48Bx2sal1VpWDhSGPdqnfrqhddrw6x/view>

Grafik 2: Sollte die weiß-rot-weiße Flagge Ihrer Meinung nach in der Zukunft zur offiziellen Fahne der Republik Belarus werden? (November 2020; %)



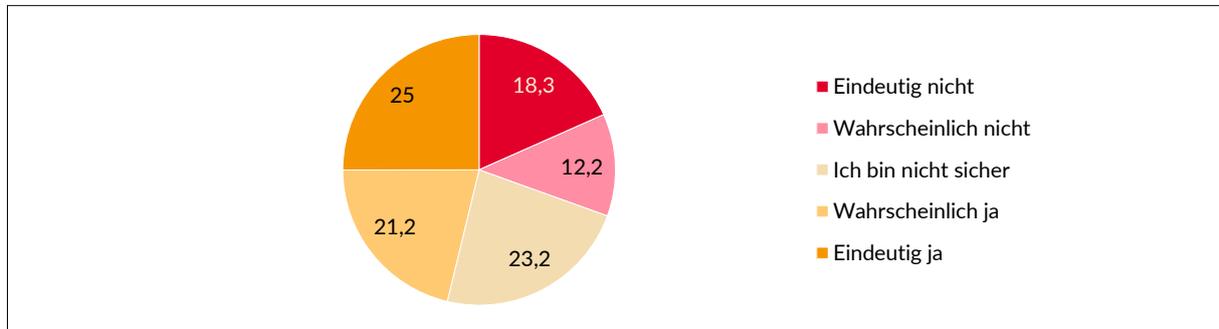
Quelle: *Belarusians' views on the political crisis*, Chatham House (November 2020, Seite 43); https://drive.google.com/file/d/1VVEfR3raAikJrMRo-t_vkjOzNmrhDKvN/view

Grafik 3: Sollte die rot-grüne Fahne Ihrer Meinung nach offizielle Flagge der Republik Belarus bleiben? (November 2020; %)



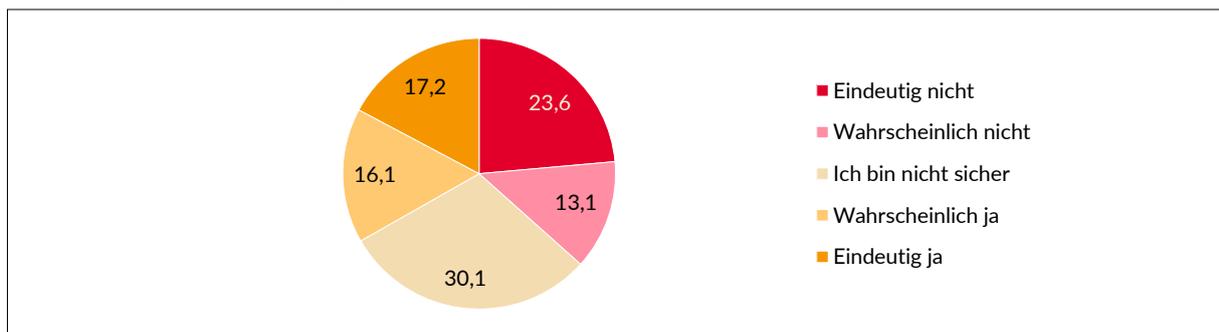
Quelle: *Belarusians' views on the political crisis*, Chatham House (November 2020, Seite 44); https://drive.google.com/file/d/1VVEfR3raAikJrMRo-t_vkjOzNmrhDKvN/view

Grafik 4: Sollte Ihrer Meinung nach das aktuelle Wappen von Belarus in der Zukunft das gleiche bleiben? (November 2020; %)



Quelle: *Belarusians' views on the political crisis*, Chatham House (November 2020, Seite 45); https://drive.google.com/file/d/1VVEfR3raAlkJrMRo-t_vkjOzNmrhDKvN/view

Grafik 5: Sollte Ihrer Meinung nach das Pahonja-Wappen in der Zukunft zum offiziellen Wappen der Republik Belarus werden? (November 2020; %)



Quelle: *Belarusians' views on the political crisis*, Chatham House (November 2020, Seite 46); https://drive.google.com/file/d/1VVEfR3raAlkJrMRo-t_vkjOzNmrhDKvN/view

KOMMENTAR

Wie wird die belarusische Transformation aussehen?

Ryhor Astapenia (Zentrum für neue Ideen, Minsk)

Dieser Artikel wurde am 30.06.2021 auf <https://newbelarus.vision/> auf Belarusisch veröffentlicht.

In einer Online-Diskussion des Zentrums für neue Ideen vom 18.06.2021 diskutierten Expert_innen mögliche Wege aus der belarusischen politischen Krise. Das folgende Konspekt fasst die zentralen Gedanken der Diskutant_innen zusammen.

Die Belarusen stehen vor einer Mauer – wie können sie sie überwinden?

Die Revolution hat bislang nicht stattgefunden. Zentraler Faktor für einen Machtwechsel ist gesellschaftlicher Druck, und das einzige Mittel, über das die Gesellschaft verfügt, ist die Straße. Momentan gibt es diesen Faktor

praktisch nicht mehr und es ist unklar, ob er zurückkehrt, da er eine bestimmte Fügung von Umständen braucht, die es im vergangenen Jahr gab.

Auslöser der Proteste im letzten Jahr war der Wahlkampf. Die Regierung hat das verstanden und lokale Wahlen für die Zukunft komplett abgesagt. Ob das Referendum

über die neue Verfassung zu einem Auslöser werden kann, ist bislang ungewiss. Man sagt zwar, dass Lukaschenka die Legitimität des Referendums wichtig sei, doch interessiert ihn das gerade weniger, er hat andere Sorgen. Bezüglich innerer und äußerer Legitimität wird er sich kaum bemühen, denn er hat alles auf die Karte der rohen Gewalt gesetzt.

Im Umfeld der Opposition werden Möglichkeiten des Drucks nicht diskutiert. Wozu soll man die Menschen aufrufen? Für die neue Verfassung zu stimmen? Lukaschenka schneidet sie auf sich zu, sie wird noch weniger demokratisch als die bestehende sein und ein neues, nicht durch Wahl legitimes Organ enthalten – die Allbelarusische Nationalversammlung. Dieses Organ soll zumal weitreichende Machtbefugnisse erhalten. Die geltende Verfassung sah vor, dass die zentralen Machtorgane durch Wahl bestimmt werden. Auch wenn das im Moment nur bedingt so umgesetzt wird, steht es doch wenigstens geschrieben.

Ruft man dazu auf, gegen die neue Verfassung zu stimmen, könnte die Amtszeit des Präsidenten bis 2025 dauern. Stimmt man für die neue, besteht immerhin die Hoffnung auf Neuwahlen.

Eine weitere Option wäre, zum Boykott aufzurufen. Ein solcher Aufruf ist aber durch die belarusische Gesetzgebung verboten. Zudem kann eine Kampagne für einen Boykott demobilisierende Effekte haben und einem Aufschwung der Proteste entgegenstehen. Wirtschaftliche Probleme, der Druck der westlichen Sanktionen, der Druck Russlands – all das ist weniger bedeutsam als die Straße. Ohne Druck von der Straße bleibt als einzige Hoffnung ein von der Regierung vorgeschlagener Machtwechsel.

Das Pendel ist so weit in Richtung Diktatur ausgeschlagen, dass die Bewegung in die Gegenrichtung unausweichlich ist

Als im vergangenen Jahr die großen Straßenproteste stattfanden, sollte die Verfassungsreform nach Lukaschenkas Auffassung das Mittel sein, einen Machtwechsel zu imitieren. Doch als der Protest als politischer Faktor an Kraft verlor, änderte sich ab dem Winter auch die Bedeutung dieser Reform. Nun soll sie das Führungsregime auch ohne Lukaschenka absichern.

Dabei gibt es mehrere Varianten:

1. Vorgezogene Wahlen nach dem Referendum

Lukaschenka tritt nicht mehr an, steht aber der Allbelarusischen Nationalversammlung vor, auf die ein großer Teil der Befugnisse des Präsidenten übergeht. Viele prognostizieren für diesen Fall allerdings eine Parallelstruktur, die zum Bruch der Eliten führen wird und damit zu einer Erosion des Regimes bis zum Zusammenbruch.

Es gibt zahlreiche Beispiele in der Geschichte für autoritäre Führer, die auch ohne formale Führungsposi-

sition weiterhin die volle Macht über ein Land ausüben: Den Xiaoping im China der 1970er–1990er, Slobodan Milošević im Jugoslawien der 1990er, Wladimir Putin während der Präsidentschaft Medwedews, oder auch Nasarbajew in Kasachstan.

2. Lukaschenka tritt nach Präsidentschaftswahlen vollständig ab und übergibt die Regierung einem Nachfolger

Dies wäre die optimalste Variante für Belarus, da sich jeder Nachfolger durch die Logik des politischen Prozesses gezwungen sähe, einen Prozess der Entlukaschenisierung einzuleiten. Nur so können die Macht, die Legitimität gegenüber der Bevölkerung und der Nomenklatur, erhalten und eine Demokratisierung mit wirtschaftlichen Reformen begonnen werden. Das Pendel ist so weit in Richtung Diktatur ausgeschlagen, dass die Bewegung in die Gegenrichtung unausweichlich ist.

Hier ist der Prozess der Entstalinisierung nach dem Tod Stalins erwähnenswert, in dem jeder Nachfolger – Beria, Malenkow und später Chruschtschew – eigene Varianten des Abrückens von vorangegangenen totalitären Praktiken präsentierte.

Lukaschenka hat sich jedoch zu den folgenden drei Fragen noch nicht festgelegt:

1. Inhalt der Verfassung und Konfiguration der einzelnen Machtorgane;
2. Seine eigene Position im zukünftigen Machtgefüge;
3. In welchem Maß die Haltung Russlands zu berücksichtigen ist. Noch immer taktiert er, laviert und kalkuliert mit verschiedenen Varianten.

Maximales Hinauszögern

Lukaschenka selbst lässt keinerlei Zukunftsvision erkennen, er weiß nicht, wie die Dinge anders funktionieren könnten. Selbst die Organisation einer Pro-Regierungspartei bremst er aus. Ihm passt es besser, alles so zu lassen, wie es ist, ohne reale Reformen. Daher ist das das Basisszenario.

Das Gleichgewicht zwischen verschiedenen Gruppierungen, das bis 2020 bestand, wurde im August zerstört. Deshalb müssen wir über Termini und unser Verständnis von führenden Klassen sprechen. Mit Sicherheit träumt die Mehrheit von ihnen davon, dass Lukaschenka verschwindet und ein neuer Führer an die Macht kommt, der das System neu in Gang bringt.

Momentan ist jedoch das Gleichgewicht zwischen verschiedenen Gruppen gestört. Es gibt Probleme im wirtschaftlichen Bereich, einen Anstieg des Einflusses der Sicherheitskräfte, um aber an eine eigenständige Transformation denken zu können, muss sich wieder ein Gleichgewicht einstellen, ein gegenseitiges Einvernehmen zwischen den Gruppen.

Beamte ohne wirkliche Macht

Das belarussische autoritäre Regime ist ein System der absolut personifizierten Macht, in deren Rahmen die Nomenklatur kein politisches Subjekt darstellt. Eigeninteressen dieser Klasse sind schwer einschätzbar. Sie ist eher atomisiert und auf clanähnliche, dienststellenbezogene Interessen zersplittert. Es gibt keine übergeordnete Struktur, die die Interessen dieser Gruppierung bündeln könnte.

Dennoch zeichnet sich eine Entwicklung ab, vor allem eine Zunahme an politischer Bedeutung der Sicherheitskräfte. Erstes Anzeichen dafür war die Ausstattung des Sicherheitsrats mit zusätzlichen Befugnissen. In den letzten Monaten war eigentlich nur davon zu hören.

Lukaschismus bewahren, Lukaschenko nicht

Noch einige Jahre lang werden wir uns innerhalb einer diskontinuierlichen »Transformation« bewegen, die von oben gesteuert wird. Adepten wie Pjatrouski oder Dawydska versuchen jedoch, eine Differenzierung einzuführen: es gibt einerseits Lukaschenka, andererseits Lukaschismus. Ihr überwerft euch mit Lukaschenka, und wir sichern derweil den Lukaschismus.

Lukaschenka ist stets geneigt, zum Ausgangspunkt zurückzukehren. Mit Veränderungen tut er sich schwer, und seien sie nur formaler Natur. Seine ganze Politik besteht aus Taktiken für ein Jahr, für ein halbes Jahr, nicht mehr.

Die wichtigste Frage ist, wie die Regierungsgegner sich in dieser Transformation verorten.

Protest in den Köpfen oder ewige Prokrastination

Selbst wenn auf den Straßen kein Protest stattfindet, existiert er doch in den Köpfen der Sicherheitskräfte und Beamten, gleich einem Damoklesschwert. Aus der Phobie heraus, dass auch nur kleine Anzeichen von Schwäche die Situation nur verschlimmern werden, kann Lukaschenka kaum Entscheidungen treffen.

Daher ist das Szenario der Prokrastination am wahrscheinlichsten. Das ewige Finden von Gründen, warum nichts getan werden muss. Man kann ein Referendum abhalten, verschiebt dafür aber die lokalen Wahlen immer weiter nach hinten.

Wenn die Transformation hinausgezögert wird, erhöht sich mit jedem Monat die Wahrscheinlichkeit eines spontanen und chaotischen Ausbruchs, einer unkontrollierbaren Situation.

Über den Autor:

Dr. Ryhor Astapenia ist Forschungsdirektor im Zentrum für neue Ideen (Minsk) und Direktor der Belarus-Initiative im Programm für Russland und Eurasien im Chatham House (London).

Die Unmöglichkeit des Wahlerfolgs als Motor für Reformen

Der Protest als Einflussfaktor auf politische Reformen funktioniert mittelbar. Die Menschenmassen auf den Straßen ließen Moskau Lukaschenka zu Reformen aufordern. Doch der Protest verschwand und die Reformen kamen ins Stocken.

Lukaschenka resümiert: alle müssen niedergeschlagen werden, es darf keine Schwäche geben. Deshalb ist es unmöglich, auch nur im Anschein einen Dialog mit der Bevölkerung zu führen. Selbst das Projekt von Jury Waskrasenski (*Redaktion: ehem. Mitglied des Wahlstabs von Wiktar Babaryka*) führte zu keinem Ergebnis.

Mit der Benennung eines Nachfolgers ist es nicht getan...

Die Benennung eines Nachfolgers steht aktuell nicht im Vordergrund, viel wichtiger ist: wird dieser die Macht halten können, wenn sich die Bevölkerung einmischt und wie im Vorjahr demonstriert. Wenn Lukaschenka abtritt, wird es Frustration innerhalb der Sicherheitskräfte und anderer Organe geben. Wenn die Menschen wieder auf die Straße gehen, wie sollen dann die OMON-Truppen reagieren? Ihr Schicksal wird nicht mehr so klar sein wie zuvor.

Überleben

Die belarussische demokratische Bewegung sammelt Menschen und Ideen und wartet auf ein günstiges Zeitfenster. So handeln alle demokratischen Initiativen in autoritären Systemen.

Als man Emmanuel Joseph Sieyès, einen der politischen Vordenker der Französischen Revolution, fragte, was er während der Zeit der Terrorherrschaft getan habe, antwortete er schlicht: »Ich habe überlebt.«

Damit beschäftigen sich entsprechend alle gerade.

Man muss auf den Tag »X« oder die Stunde »Y« vorbereitet sein und Transformationspläne für die Zukunft erarbeiten.

Belarus ist bereits ein »Schurkenstaat«, der aus internationalen Organisationen ausgeschlossen wird und mit fortwährenden Sanktionen belegt ist. In den 1990ern gab es Proteste gegen Milošević, die jedoch erst Erfolg hatten, nachdem er sich in einen Krieg mit der ganzen Welt verstrickt hatte. Nun verstärkt sich der Eindruck, dass die Beamenschaft versteht: Auch Lukaschenka wird verlieren, wenn er mit der ganzen Welt kämpft. Und auch bei Aljaksandr Ryhorawitsch kommt das langsam an.

Übersetzung aus dem Belarussischen: Tina Wünschmann

Die Lage der Menschenrechte in Belarus im Juni 2021

Bericht des Menschenrechtszentrums »Wjasna«

Human Rights Situation in Belarus: June 2021 Report by the Human Rights Center "Viasna"

Date of report: 03.07.2021

Full report available online: <http://spring96.org/en/news/104120>

Summary:

- in June, the authorities continued to actively prosecute individuals for political reasons. The Human Rights Center "Viasna" is aware of at least 125 people who were convicted in politically motivated criminal trials during the month. The monitoring of the trials conducted by Viasna's volunteers and lawyers revealed numerous violations of the principles of fair trial and procedural rights and guarantees of the accused;
- there are 526 political prisoners as of late June and their numbers continue to increase;
- detentions of peaceful protesters continue, as well as arbitrary detentions of citizens for the use of white-red-white symbols, including in private homes and territories. In June, Viasna is aware of at least 25 fines totaling over 71,000 rubles and at least 94 terms of administrative imprisonment totaling 1,477 days. A total of 246 people were detained during the month;
- on June 21, the European Union, the United States, Canada and the United Kingdom announced new sanctions against Belarus. EU sanctions will affect key sectors of the Belarusian economy, including the export of potash fertilizers, oil and petrochemical products, as well as the tobacco industry and the financial sector. The EU Council of Ministers approved a decision to include 86 companies and individuals in the sanctions list. The US Treasury Department announced that it will add 16 more Belarusian officials and law enforcement officers to the sanctions list, as well as five institutions: the KGB, the detention center on Akrestsin Street, Internal Troops of the Ministry of Internal Affairs, Main Directorate for Combating Organized Crime and Corruption of the Ministry of Internal Affairs (GUBAZIK) and the Brest Regional Department of Internal Affairs;
- in response to the new sanctions, Belarus suspended its participation in the European Union's Eastern Partnership initiative, recalled its EU representative and offered Dirk Schuebel, Head of the EU Delegation to Belarus, to leave the country;
- the report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Belarus, Anaïs Marin, has been published and will be presented at the 47th session of the Human Rights Council. It describes the situation with civil, political, economic, social and cultural rights in Belarus that developed in 2020 and early 2021. The Special Rapporteur documents the continuation of the wave of repression aggravated by evidence of mass violations unprecedented in scale and severity;
- criminal prosecution of journalists and human rights activists continues;
- the many cases of ill-treatment of individuals detained and administratively imprisoned for participating in peaceful assemblies are a matter of concern. The inhumane conditions of detention for this category of detainees, deliberately created by the administrations of the detention centers are viewed by experts of the Human Rights Center "Viasna" as torture;
- the Civic Solidarity Platform's Working Group on the Fight against Torture presented its second annual measurement of the Index on Torture in eight countries of the OSCE region: Armenia, Belarus, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Moldova, Poland, Russia and Ukraine; Belarus is the last in the ranking;
- during the month, the human rights situation in the country continued to deteriorate significantly.

Political prisoners and politically motivated prosecution

Political persecution remains the main and most severe form of repression, preserving its massive and pervasive character.

Viasna is aware of at least 125 individuals convicted in politically motivated criminal trials that were held during the month.

The number of political prisoners as of June 30 was 526 and continues to grow. Among the convicts are protesters, civil society activists, as well as dozens of ordinary citizens who expressed their views on the current events, the work of government officials and law enforcement.

June was marked by a number of criminal trials against protesters and members of the political opposition that drew particular media and public attention, including the trial of Viktor Babaryka, one of the presidential candidates in the 2020 elections.

The Prosecutor General's Office submitted to the Supreme Court the case of Maryia Kalesnikava and Maksim Znak. The Court will now choose the court in which the case will be heard. They are accused of committing crimes under Part 1 of Art. 357, Part 3 of Art. 361 and Part 1 of Art. 361-1 of the Criminal Code.

The criminal case of the well-known politician Mikalai Statkevich, blogger Siarhei Tsikhanouski, members of his team Artsiom Sakau and Dzmitry Papou, and bloggers Ihar Losik and Uladzimir Tsyhanovich started in a closed session in Homiel. The scope of the charges includes organizing actions which gravely breached public order, organizing riots, inciting social hatred, and obstructing the work of the CEC.

Earlier, the Kastryčnicki District Court of Hrodna heard the criminal case of three other defendants in the Tsikhanouski case, who were detained at an election picket on May 29 last year in Hrodna. On June 2, political prisoners Dzmitry Furmanau, Yauhen Reznichenka and Uladzimir Kniha were convicted of active participation in actions that grossly violate public order under Part 1 of Art. 342 of the Criminal Code, and in addition, Reznichenka and Kniha were found guilty of violent actions against police officers (Article 364 of the Criminal Code). Judge Volha Bekushava sentenced Furmanau to two years, Reznichenka to three and a half years, and Kniha to four years in prison.

The investigation of criminal cases against human rights activists continues.

The term of house arrest of the head of the Office for the Rights of Persons with Disabilities Siarhei Drazdouski was extended by two months until August 3.

Leanid Sudalenka, a human rights activist and a member of the Human Rights Center "Viasna", was formally charged under Parts 1 and 2 of Article 342 of the Criminal Code (organization and financing of actions that grossly violate public order).

The term of pre-trial detention of political prisoner Marfa Rabkova was extended by another three months until September 17. The coordinator of Viasna's network of volunteers was detained by GUBAZIK officers on September 17. Her apartment was searched, IT equipment, personal money and belongings were confiscated.

Violations of the freedom of peaceful assembly

Criminal and administrative prosecution of peaceful protesters continues.

On June 3, the Maskoŭski District Court of Brest ruled in another criminal trial involving protesters detained on September 13. Judge Yauhen Brehan found thirteen local residents guilty and sentenced them to terms ranging between 1 ½ years of restricted freedom and 1 year in prison for participating in a dancing protest which was eventually dispersed by a water cannon. On June 8, the Brest District Court sentenced another group of defendants in the case. Judge Siarhei Maruchak sentenced twelve people to up to 2 years in prison. The number of defendants in the "dancing protest case" reached 70 people, making it one of the biggest "political cases" in today's Belarus. Brest courts have already convicted 57 people in this case.

On June 10, the Maskoŭski District Court of Minsk announced a verdict against volunteers of Babaryka's campaign, political prisoners Ihar Yarmolau, Dzmitry Kanapelka, Uladzislau Karetski and Mikalai Saseu, who were accused of preparing for riots (Part 1, Article 13 and Part 2, Article 293 of the Criminal Code) and other training of persons to participate in riots (Part 3 of Article 293 of the Criminal Code). Judge Sviatlana Bandarenka sentenced each of the defendants to 5 years in a medium-security prison.

Police continue to detain representatives of various professions and social groups in their homes and at work, searching the places and interrogating the detainees. The authorities are stepping up various forms of pressure and repression on people for their active civil position and opposition to the government's policies. The courts of Minsk and the regions continue to routinely hear administrative cases against individuals detained for displaying protest flags and stickers on their windows, as well as for other forms of protest or expression of opinion.

In the last week of June, several courts in Minsk started hearing civil lawsuits filed by the government-owned city transport operator Minsktrans against convicted political prisoners. The operator demands compensation for "blocking roads" during the protests. At least five political prisoners are involved in the hearings. The total amount of these lawsuits amounts to 74,021 rubles.

In June, according to Viasna, the courts imposed at least 25 fines totaling more than 71,000 rubles and at least 94 terms of administrative imprisonment totaling 1,477 days. Judges preferred custodial sentences, with three judges (Dzmitry Karsiuk, Yulia Blizniuk and Maryia Yarokhina) using this type of punishment at least 24 times. There are reports of the detention of 246 people.

Suppression of freedom of expression

The project “Viasna Observing” told how many Belarusian students suffered from political persecution in administrative cases since the beginning of 2021, and why they are being persecuted by the authorities. Since the beginning of the protests in Belarus, students have become one of the most repressed communities. Many students were imprisoned, expelled from their universities, fled the country, some went to receive rehabilitation after being victims of torture, and many were involved in criminal cases.

Repressions against the authors and administrators of various Telegram channels continue. On June 4, the Zavodski District Court of Minsk announced its verdict in a criminal trial involving four administrators of the Telegram channel “Drivers 97”. Political prisoners Dzianis Hutsin, Viktoryia Kulsha and Hanna Vishniak have been in custody since last autumn. Tatsiana Shkrobat was on bail before the trial. They were accused of organizing group actions that allegedly grossly violated public order, and preparing or training for such activities. All of them, “acting in a criminal conspiracy, deliberately called for riots, roadblocks due to dissatisfaction with the authorities and election fraud.” As a result, Hutsin, Kulsha and Vishniak, who pleaded not guilty, were sentenced to two years and six months in a general-security penal colony, while Tatsiana Shkrobat was sentenced to three years of home confinement.

Political prisoner Maryia Nestserava was found guilty of active participation in group actions that grossly violated public order and related to obvious disobedience to the lawful demands of the authorities, which led to disruption of transport, enterprises and institutions (Part 1 of Art. 342 of the Criminal Code). She was sentenced to three years in prison, as a result.

Sentences have been handed down in various cities of Belarus for posting negative comments on social media accounts targeting police officers in connection with their participation or alleged participation in the dispersal of peaceful protests. Most convicts in the trials were sentenced to restricted freedom. In addition, courts heard several cases under Art. 130 of the Criminal Code (inciting hatred against law enforcement officers, government officials, etc.). The convicts were sentenced to various terms of imprisonment.

On June 28, the Kastychnicki District Court of Hrodna considered the criminal case of Aliaksandr Babkin, who was accused of insulting the president under Part 1 of Art. 368 of the Criminal Code. According to the indictment, Babkin dialed 102 and “spoke contemptuously and negatively about the president, humiliating his honor and dignity, thereby inflicting public insult.” Judge Uladzimir Pazniak sentenced him to one year in a penal colony.

On June 28, the Kastychnicki District Court of Minsk sentenced 26-year-old Hanna Vazhnik to one year of home confinement. Judge Alena Zhyvitsa found her guilty under Art. 370 of the Criminal Code for altering one verse of the state anthem and posting it in her Twitter account. The new version of the anthem started with the phrase “We are extremists, peaceful people...”. According to the accusation, by doing this, she mocked the national symbol.

These and other cases testify to the continuation of the practice of repression for various forms of expression posted on social media, and for other forms of expression.

Pressure on journalists and the media

As of the end of June, according to the BAJ, there were 25 media representatives in prisons.

Journalists are routinely arbitrarily detained. Their homes and offices searched, and they are often imprisoned for their professional duties.

On June 3, sports journalist Aliaksandr Ivulin and editor of his YouTube channel Yaraslau Pisarenka were detained by police officers in plainclothes.

On the same day, unknown individuals, apparently law enforcement officials, broke into the apartment of journalist Valiaryna Kustava. The journalist left Belarus to escape arrest.

Dzianis Ivashyn, an independent journalist and political prisoner who has been cooperating with the *Novy Chas* newspaper, has been in prison since March 12. In late June, it was reported that he had suffered a heart attack. Ivashyn was arbitrarily charged under Art. 365 of the Criminal Code, “interference in the activities of law enforcement officers.”

On June 24, the Centralny District Court of Minsk started a trial to blacklist all TUT.by content (website, social media accounts, etc.) as extremist. According to the Ministry of Internal Affairs, it monitored the portal in February 2021 and found “materials affecting the interests of the Republic of Belarus”. Their analysis revealed “signs of extremism”. On March 2, the Interior Ministry sent these materials to an expert commission. The case is being considered by Judge Tatsiana Skopets, who ordered to hold the trial behind closed doors. However, the hearings were suspended indefinitely, after TUT.by appealed against the expert commission. The complaint will be considered by the Economic Court on July 6.

On June 30, it was reported that political prisoner, journalist, and media manager Andrei Aliaksandrau, who has been detained since January 12 on charges of organizing and preparing actions that grossly violate public order, faced new charges of treason, a particularly serious crime punishable by 7 to 15 years in prison.

Torture. Cruel, inhuman and degrading treatment

Stsiapan Latypau, a political prisoner, reported torture while standing trial at the Saviecki District Court of Minsk. After his father was questioned in court as a witness, the political prisoner stood on a bench in the defendant's cage and pierced an object similar to a pen into his throat, attempting suicide.

There were also reports of torture against 20-year-old Russian national Yegor Dudnikov, accused of "organizing group actions that grossly violate public order." It is known that the criminal case against him was opened after he voiced several videos posted on the protest Telegram channels.

These and other facts, detailed in the review of the criminal proceedings in the courts, were not investigated and the perpetrators of the acts of torture went unpunished.

The wife of Artsiom Anishchuk, who was sentenced to two years in prison for damaging the car of the wife of a police officer, said during a meeting with his lawyer that he had been subjected to physical and psychological violence by the prison administration. In this regard, the Human Rights Center "Viasna" made a statement. However, it was reported that torture and ill-treatment of the prisoner continued.

Political prisoners note the deliberate deterioration of conditions of detention for those arrested in politically motivated cases, which in turn border on torture, are cruel, degrading and inhumane treatment.

The death penalty

The death row prisoner Viktor Paulau was most likely executed, according to sister. The woman has not received any letters from the convict for six weeks. When his lawyer went to the pre-trial detention center at her request, she was told that Viktor Paulau was not there.

Paulau's sister believes that all these facts indicate that her brother was secretly executed. Viktor Paulau's family has not yet received any official confirmation of the execution.

Guarantees of a fair trial

The authorities continue to persecute lawyers defending individuals in politically motivated criminal cases. In June, the lawyer's license of Iryna Bertsuk was revoked.

On June 18, during the criminal trial of Volha Sinelava, who was charged with "violating the equality of citizens" after she offered assistant prosecutor Alina Kasiyanchyk, known for her participation in politically motivated trials, to terminate the apartment lease agreement, the defendant's lawyer Andrei Machalau learned that on May 31 he was expelled from the Minsk City Bar Association. The reason was his interview, in which he reported facts of torture by GUBAZIK officers, which he learned from his other client Volha Zalatar. Lawyer Machalau is known for his involvement in several politically motivated criminal cases opened after the 2020 presidential election.

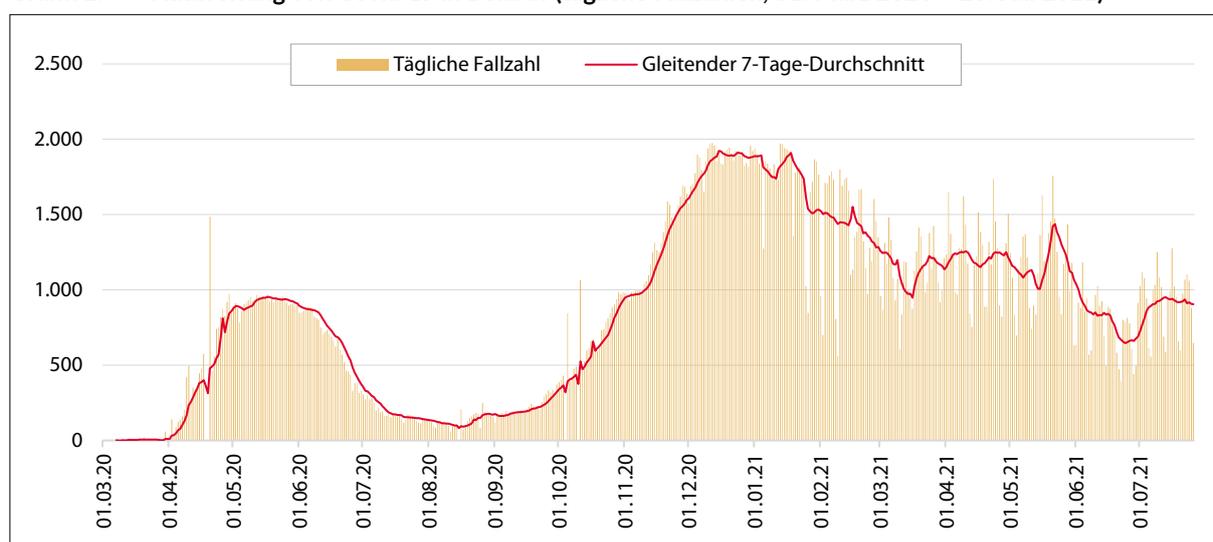
Disbarment and revocation of licenses of the most active, conscientious and principled lawyers gives a clear signal to others about the possible consequences of the free practice of the legal profession.

STATISTIK

Covid-19 in Belarus, Stand 26. Juli 2021

Die Covid-19-Statistik wird nach dem Ende der Sommerpause eingestellt. Interessierte Leser_innen können sich über den Verlauf der Covid-19-Pandemie in Belarus unter Verwendung entsprechender Filter auf folgenden Seiten im Internet informieren: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/5COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; <https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/testing>; https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Belarus.csv.

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (tägliche Fallzahlen, 01. März 2020 – 26. Juli 2021)



Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 26.07.2021, 21:22 Uhr MESZ, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 01. Mai – 26. Juli 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
01.05.21	359.982	1.244	16.05.21	376.341	1.627
02.05.21	361.063	1.081	17.05.21	377.532	1.191
03.05.21	361.897	834	18.05.21	378.711	1.179
04.05.21	362.594	697	19.05.21	380.089	1.378
05.05.21	363.732	1.138	20.05.21	381.546	1.457
06.05.21	364.951	1.219	21.05.21	383.302	1.756
07.05.21	366.305	1.354	22.05.21	384.773	1.471
08.05.21	367.674	1.369	23.05.21	386.025	1.252
09.05.21	368.888	1.214	24.05.21	386.978	953
10.05.21	369.767	879	25.05.21	387.818	840
11.05.21	370.509	742	26.05.21	388.987	1.169
12.05.21	371.405	896	27.05.21	390.203	1.216
13.05.21	372.242	837	28.05.21	391.637	1.434
14.05.21	373.351	1.109	29.05.21	392.629	992
15.05.21	374.714	1.363	30.05.21	393.807	1.178

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus (Fälle insgesamt, 01. Mai – 26. Juli 2021) (Fortsetzung)

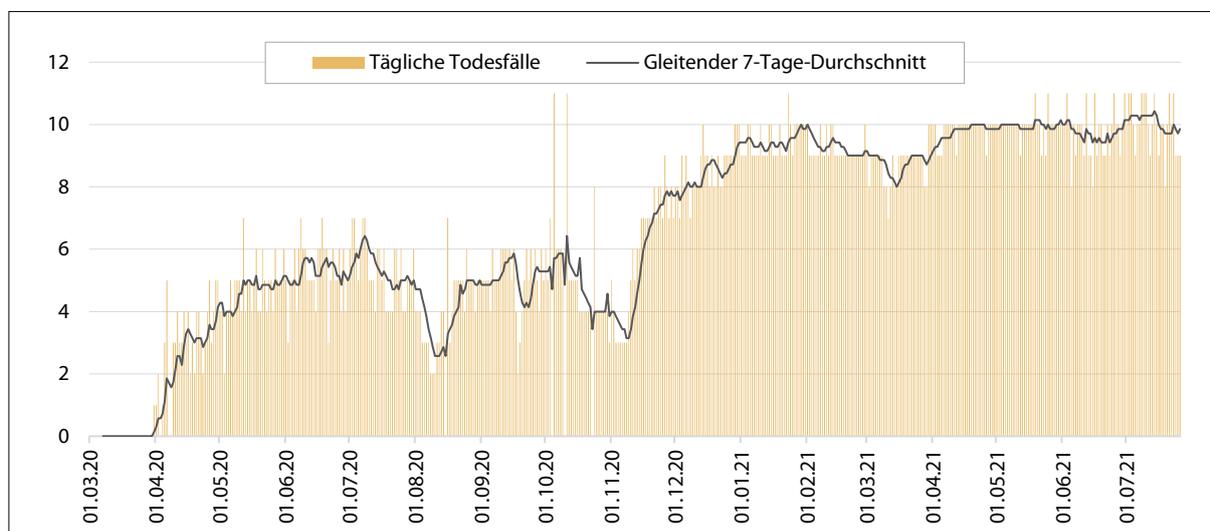
Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fallzahl
31.05.21	394.439	632	29.06.21	416.275	495
01.06.21	395.075	636	30.06.21	417.189	914
02.06.21	395.990	915	01.07.21	418.212	1.023
03.06.21	396.869	879	02.07.21	419.330	1.118
04.06.21	398.052	1.183	03.07.21	420.406	1.076
05.06.21	398.909	857	04.07.21	421.350	944
06.06.21	399.852	943	05.07.21	421.964	614
07.06.21	400.422	570	06.07.21	422.521	557
08.06.21	401.019	597	07.07.21	423.519	998
09.06.21	401.853	834	08.07.21	424.554	1.035
10.06.21	402.819	966	09.07.21	425.804	1.250
11.06.21	403.845	1.026	10.07.21	426.886	1.082
12.06.21	404.740	895	11.07.21	427.906	1.020
13.06.21	405.663	923	12.07.21	428.595	689
14.06.21	406.360	697	13.07.21	429.181	586
15.06.21	406.861	501	14.07.21	430.121	940
16.06.21	407.748	887	15.07.21	431.112	991
17.06.21	408.621	873	16.07.21	432.388	1.276
18.06.21	409.385	764	17.07.21	433.409	1.021
19.06.21	410.096	711	18.07.21	434.362	953
20.06.21	410.678	582	19.07.21	435.020	658
21.06.21	411.153	475	20.07.21	435.620	600
22.06.21	411.551	398	21.07.21	436.595	975
23.06.21	412.353	802	22.07.21	437.664	1.069
24.06.21	413.139	786	23.07.21	438.767	1.103
25.06.21	413.952	813	24.07.21	439.828	1.061
26.06.21	414.730	778	25.07.21	440.708	880
27.06.21	415.339	609	26.07.21	441.356	648
28.06.21	415.780	441			

Für die Zahlen vom 01.03.2020.–30.04.2021 siehe Belarus-Analysen Nr. 48, Nr. 50 und Nr. 53–55.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 26.07.2021, 21:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (tägliche Todesfälle, 01. März 2020 – 26. Juli 2021)



Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 26.07.2021, 21:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (01. Mai – 26. Juli 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
01.05.21	2.552	10	25.05.21	2.791	11
02.05.21	2.562	10	26.05.21	2.801	10
03.05.21	2.572	10	27.05.21	2.811	10
04.05.21	2.582	10	28.05.21	2.821	10
05.05.21	2.592	10	29.05.21	2.831	10
06.05.21	2.602	10	30.05.21	2.841	10
07.05.21	2.612	10	31.05.21	2.851	10
08.05.21	2.622	10	01.06.21	2.861	10
09.05.21	2.632	10	02.06.21	2.871	10
10.05.21	2.642	10	03.06.21	2.882	11
11.05.21	2.652	10	04.06.21	2.892	10
12.05.21	2.661	9	05.06.21	2.900	8
13.05.21	2.671	10	06.06.21	2.910	10
14.05.21	2.681	10	07.06.21	2.919	9
15.05.21	2.691	10	08.06.21	2.929	10
16.05.21	2.701	10	09.06.21	2.939	10
17.05.21	2.711	10	10.06.21	2.949	10
18.05.21	2.721	10	11.06.21	2.958	9
19.05.21	2.732	11	12.06.21	2.969	11
20.05.21	2.742	10	13.06.21	2.978	9
21.05.21	2.752	10	14.06.21	2.987	9
22.05.21	2.761	9	15.06.21	2.995	8
23.05.21	2.771	10	16.06.21	3.006	11
24.05.21	2.780	9	17.06.21	3.015	9

Fortsetzung auf der nächsten Seite

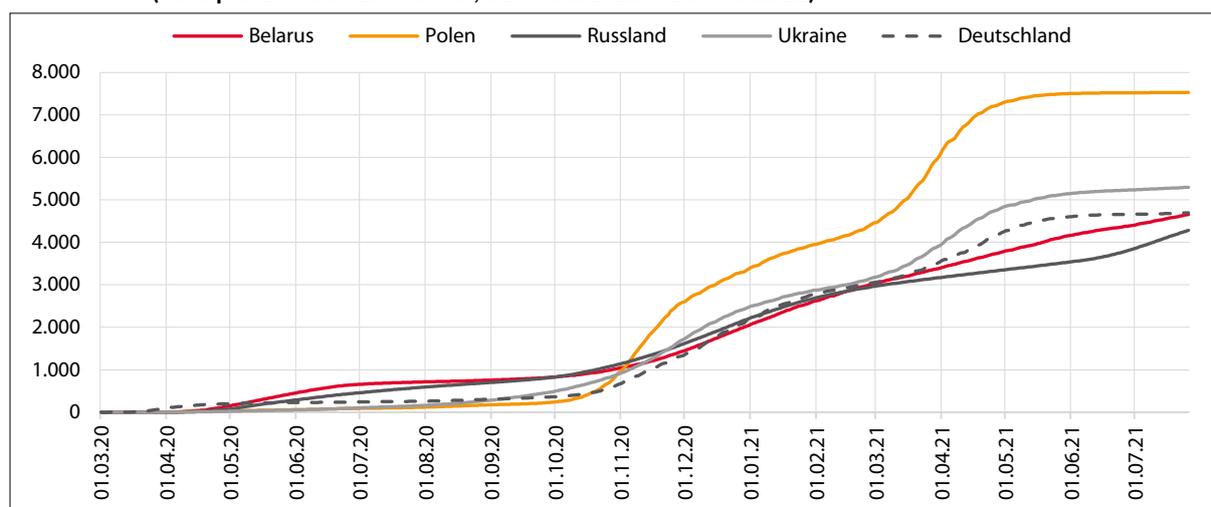
Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus (01. Mai – 26. Juli 2021) (Fortsetzung)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
18.06.21	3.025	10	08.07.21	3.225	11
19.06.21	3.035	10	09.07.21	3.236	11
20.06.21	3.044	9	10.07.21	3.247	11
21.06.21	3.053	9	11.07.21	3.257	10
22.06.21	3.063	10	12.07.21	3.266	9
23.06.21	3.072	9	13.07.21	3.276	10
24.06.21	3.082	10	14.07.21	3.287	11
25.06.21	3.093	11	15.07.21	3.297	10
26.06.21	3.103	10	16.07.21	3.306	9
27.06.21	3.113	10	17.07.21	3.316	10
28.06.21	3.122	9	18.07.21	3.326	10
29.06.21	3.132	10	19.07.21	3.334	8
30.06.21	3.143	11	20.07.21	3.344	10
01.07.21	3.153	10	21.07.21	3.355	11
02.07.21	3.164	11	22.07.21	3.365	10
03.07.21	3.175	11	23.07.21	3.376	11
04.07.21	3.185	10	24.07.21	3.385	9
05.07.21	3.194	9	25.07.21	3.394	9
06.07.21	3.204	10	26.07.21	3.403	9
07.07.21	3.214	10			

Für die Zahlen vom 01.03.2020.–30.04.2021 siehe Belarus-Analysen Nr. 48, Nr. 50 und Nr. 53–55.

Die angegebenen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

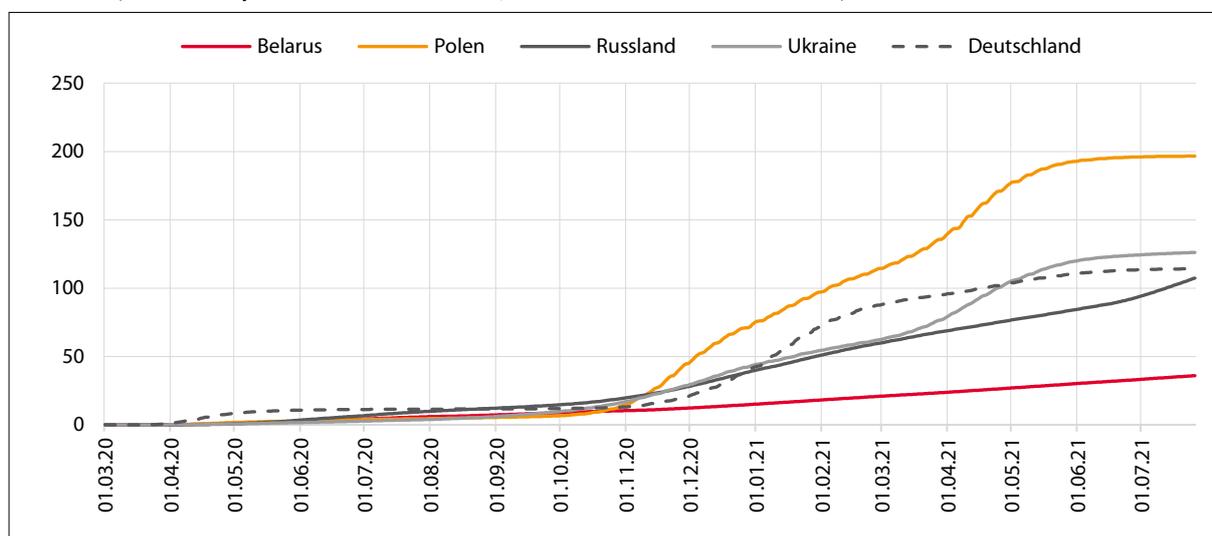
Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 26.07.2021, 21:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Grafik 3: Ausbreitung von Covid-19 in Belarus im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 26. Juli 2021)

Die angegebenen Zahlen für Belarus basieren auf den öffentlichen Angaben des belarussischen Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen russischen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 26.07.2021, 21:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahl: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

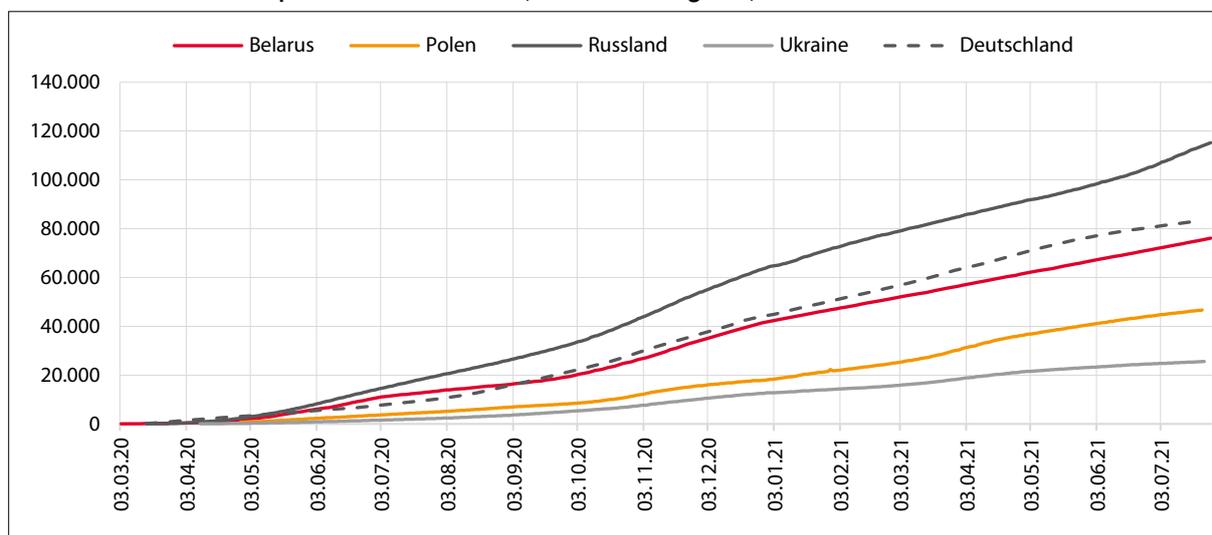
Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 in Belarus im Vergleich
(Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 16. Juli 2021)



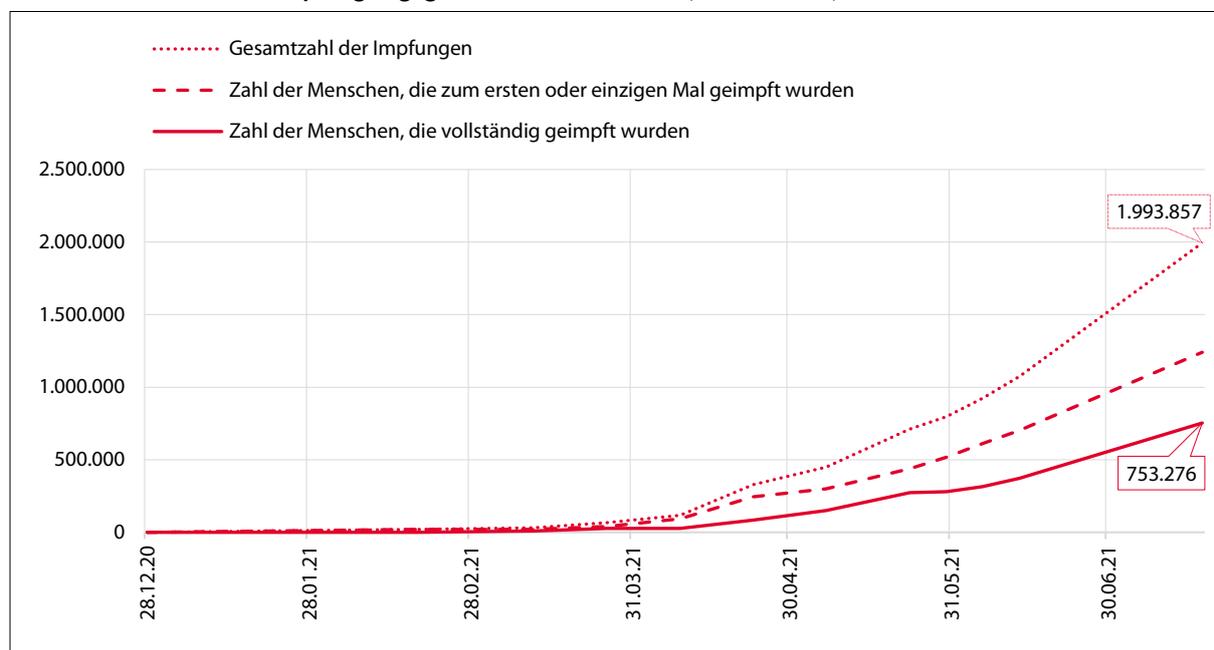
Die angegebenen Zahlen für Belarus basieren auf den öffentlichen Angaben des belarussischen Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen russischen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die/der Leser/in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2-26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 26.07.2021, 21:22 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahl: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

Grafik 5: Covid-Tests pro 100.000 Einwohner, Belarus im Vergleich, 03. März 2020 – 26. Juli 2021

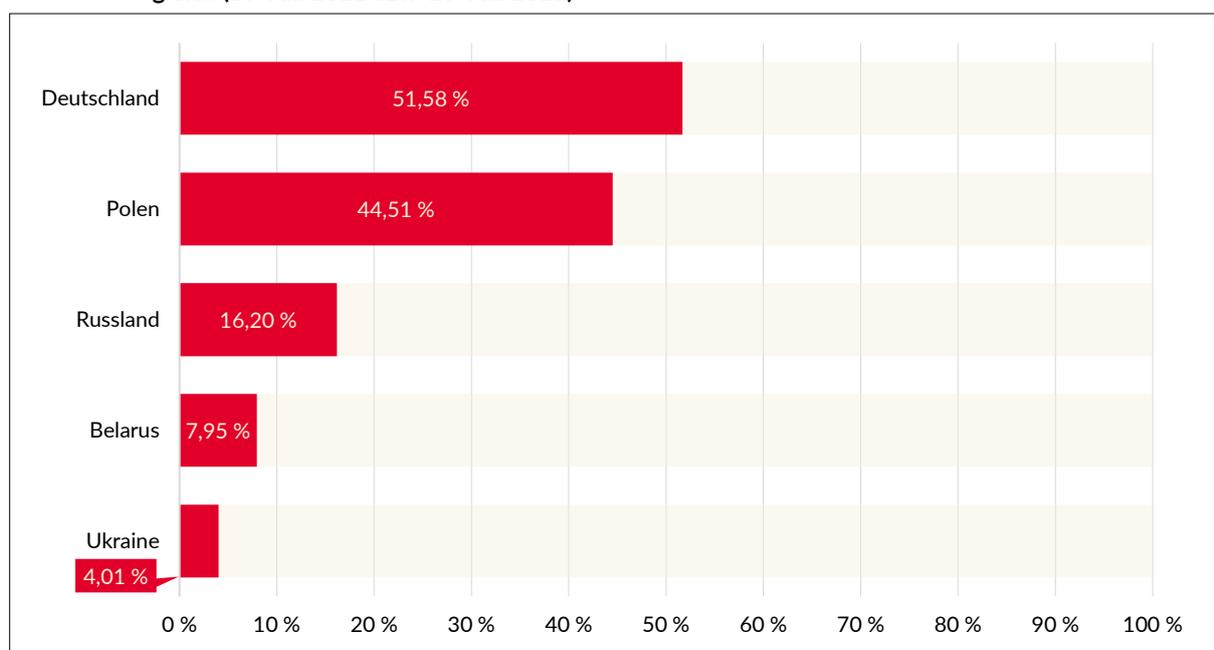


Quelle: <https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/testing>, basierend auf: Belarus: Regierung von Belarus, <https://www.belarus.by/>, 03.03.2020–26.07.2021; Deutschland: Robert-Koch-Institut, 15.03.2020–18.07.2021; Ukraine: Ministerkabinett der Ukraine, 09.04.2020–23.07.2021; Russland: Regierung der Russischen Föderation, <https://rospotrebnadzor.ru>, 15.03.2020–26.07.2021; Polen: Gesundheitsministerium, https://twitter.com/MZ_GOV_PL, 28.04.2020–22.07.2021; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

Grafik 6: Anzahl der Impfungen gegen Covid-19 in Belarus (18. Juli 2021)

Verwendete Impfstoffe: Sinopharm/Beijing, Sputnik V

Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Belarus.csv, basierend auf <https://www.reuters.com/article/health-coronavirus-russia-belarus-idUSKBN2930P6>, <https://tkm.by/2021/02/immunizaciya-medrabotnikov-v-belarusi-pervym-komponentom-vakciny-sputnik-v-zavershilas/>, <https://eng.belta.by>, <https://covid19.who.int/> und <https://www.euro.who.int/en/covid19dashboard>.

Grafik 7: Anteil der belarusischen Gesamtbevölkerung, der vollständig gegen Covid-19 geimpft ist, im Vergleich (18. Juli 2021 bzw. 26. Juli 2021)

Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/vaccinations/country_data, basierend auf: Belarus (18.07.2021): <https://www.euro.who.int/en/covid19dashboard>; Deutschland (26.07.2021): <https://impfdashboard.de/>; Polen (26.07.2021): <https://www.gov.pl/web/szczepimysie/raport-szczepien-przeciwko-covid-19>; Russland (26.07.2021): <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>; Ukraine (26.07.2021): <https://vaccination.covid19.gov.ua/>.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 04. Mai – 19. Juni 2021

04.05.2021	Aljaksandr Lukaschenka erklärt, die EU und die USA würden Belarus nicht im Kampf gegen Covid-19 unterstützen und bezeichnet die Europäer und Amerikaner als »die letzten Schurken«.
07.05.2021	Belarus habe »einen eigenen Impfstoff gegen Covid-19 erhalten«, sagt Aljaksandr Lukaschenka in einem Gespräch mit Journalist_innen.
20.05.2021	Gesundheitsminister Dsmityr Pinewitsch erklärt, in Belarus sei die dritte Welle des Covid-19 mittlerweile in vollem Gange, die Situation werde allerdings nicht mehr so angespannt sein, wie im Herbst 2020.
22.05.2021	Die EU teilt als Reaktion auf die Aussagen von Aljaksandr Lukaschenka vom 4. Mai mit, dass die EU für Belarus Hilfen im Umfang von 3,5 Mio. Euro zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie bereitgestellt habe.
03.06.2021	In Belarus wird der als »Sputnik Light« bekannte russische Impfstoff gegen Covid-19 zugelassen.
19.06.2021	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, in Belarus gebe es noch keine Notwendigkeit für eine Pflicht zur Impfung gegen Covid-19.

Die Chronik wurde zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichtenportale *naviny.by*, *tut.by* und weiteren sowie des Gesundheitsministeriums von Belarus.

CHRONIK

01. April – 31. Mai 2021

01.04.2021	Belarus müsse eine umfassende Reform der Wahlgesetzgebung durchführen, heißt es in einer Resolution des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Demokratie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE).
02.04.2021	Das Staatssicherheitskomitee (KGB) setzt die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Swjatlana Zichanouskaja und den Leiter der oppositionellen »Nationalen Krisenbewältigungs-Verwaltung«, den ehemaligen Diplomaten Pawel Latuschka, auf die Liste der Personen, die an terroristischen Aktivitäten beteiligt sind.
03.04.2021	Swjatlana Zichanouskaja fordert die Vereinten Nationen, die OSZE, das Europäische Parlament, das US-Außenministerium und den Europarat auf, den belarussischen Koordinierungsrat zu unterstützen.
06.04.2021	Laut dem <i>World Economic Outlook</i> des »Internationalen Währungsfonds« (IWF) wird im laufenden Jahr ein Rückgang des belarussischen BIP um 0,4 Prozent erwartet. In der vorherigen Prognose vom Oktober 2020 hatte der IWF ein BIP-Wachstum von 2,2 Prozent prognostiziert.
06.04.2021	Der Leiter des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Matteo Mecacci, erklärt, die zahlreichen Berichte über strafrechtliche Verfolgung, Administrativhaft, Einschüchterung und Drangsalierung von belarussischen Bürger_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen in den letzten Monaten seien zunehmend Anlass zur Besorgnis.
07.04.2021	Der Chef der Kanzlei des polnischen Ministerpräsidenten, Michał Dworczyk, bezeichnet die Hilfe für die verfolgten Pol_innen in Belarus als eine der Prioritäten des Ministerkabinetts.
07.04.2021	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Vilnius mit der Außenministerin Spaniens, Arancha González Laya. Sie fordert Spanien auf, das Sanktionspaket gegen Lukaschenkas sogenannte »Geldbörsen« (Oligarchen, die sich über korrupte Systeme bereichern) zu unterstützen.
13.04.2021	Der deutsche Vertreiber von Chemieprodukten »Helm AG« werde von einer Zusammenarbeit mit dem belarussischen Unternehmen »Hrodna Asot« absehen, berichtet das Streikkomitee des Unternehmens unter Berufung auf einen Brief des deutschen Unternehmens. Am 15.04. erklärt »Hrodna Asot«, es gebe bereits seit Februar 2020 keine Zusammenarbeit mit der »Helm AG«.
13.– 14.04.2021	Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Baku auf und trifft sich mit dem aserbaidsschanischen Präsidenten Ilham Alijew. Alijew erwartet, dass sich Belarus in die Kontaktaufnahme zwischen Aserbaidschan und Armenien einschalten wird.

16.04.2021	Die niederländische Organisation »Lawyers for Lawyers«, die verfolgte Anwält_innen unterstützt, fordert ein Ende der Drangsalierung und Einschüchterung von Anwält_innen in Belarus, die Fälle von Menschenrechtsverletzungen oder politisch sensible Fälle übernehmen.
16.04.2021	Der Ministerpräsident von Russland, Michail Mischustin, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Minsk auf und trifft sich mit Aljaksandr Lukaschenka, um u. a. die Konvergenz der Steuersysteme von Belarus und Russland zu besprechen. Das Paket mit Vorschlägen zur Vertiefung der Integration von Belarus und Russland sei zu sehr großen Teilen fertig, in einigen Fragen sei jedoch noch kein Konsens erzielt worden, erklärt der belarusische Ministerpräsident Raman Halautschenka während des Treffens mit Mischustin.
16.04.2021	Das belarusische Außenministerium verurteilt die US-Sanktionen vom 15. April gegen Russland.
17.04.2021	Aljaksandr Lukaschenka verkündet die Festnahme einer Gruppe, die angeblich ein Attentat auf ihn und seine Kinder geplant habe, und zwar in Zusammenarbeit mit US-Geheimdiensten. Zu dieser Gruppe sollen u. a. der in Moskau am 14.04. festgenommene belarusische Politologe Aljaksandr Fjaduta, der US-amerikanische Anwalt belarusischer Herkunft Juras Sjankowitsch, sowie der in Belarus am 13.04. inhaftierte Vorsitzende der Partei »Belarusische Volksfront«, Ryhor Kostuseu, gehört haben. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB spricht von »Konsultationen« der Täter in den USA und Polen.
18.04.2021	Das US-amerikanische Außenministerium teilt mit, die Information, dass die USA hinter einem versuchten Umsturz in Belarus stünden, sei absolut falsch.
19.04.2021	Polen dementiert die Erklärung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB über eine Beteiligung des Landes an der Vorbereitung eines Attentats auf Aljaksandr Lukaschenka.
19.04.2021	Die USA erneuern die 2015 ausgesetzten Sanktionen gegen den belarusischen Staatskonzern »Belneftechim« und acht weitere belarusische Staatsunternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen in dem Land.
19.– 20.04.2021	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, hält sich zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Genf auf, um an der 69. Sitzung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen teilzunehmen. Er trifft sich u. a. mit der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, und informiert sie u. a. über die geplante Verfassungsreform in Belarus. Makej trifft sich auch mit dem Leiter des schweizerischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, Ignazio Cassis.
20.04.2021	Belarus ist in der Rangliste der Organisation »Reporter ohne Grenzen« für das Jahr 2020 um fünf Plätze zurückgefallen, nämlich auf den 158. Platz von 180.
20.04.2021	Die US-Sanktionen würden darauf abzielen, das Wohlergehen der belarusischen Bürger_innen zu verschlechtern, erklärt das belarusische Außenministerium.
21.04.2021	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) fordert die belarusischen Behörden auf, in einen Dialog mit der Opposition zutreten und demokratische Neuwahlen abzuhalten.
22.04.2021	Russland bewerte die innenpolitische Lage in Belarus als »insgesamt stabil«, erklärt die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.
22.04.2021	Das Ermittlungskomitee von Belarus setzt die Leiterin der im August 2020 gegründeten Belarusischen Stiftung für Sportsolidarität, Aljaksandra Herasimenja, und den Geschäftsführer der Stiftung, Aljaksandr Apejkin, auf die Fahndungsliste, weil sie eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellten. Ziel der Stiftung ist die finanzielle und rechtliche Unterstützung von Sportler_innen, die aus politischen Gründen von Repressionen des belarusischen Staates betroffen sind.
22.04.2021	Beschlüsse zur Vertiefung der Integration von Belarus und Russland sollen im Herbst formalisiert werden, erklärt Aljaksandr Lukaschenka bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau.
27.– 28.04.2021	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Wien mit dem österreichischen Präsidenten Alexander Van der Bellen und dem Bundeskanzler Sebastian Kurz. Besprochen wird u. a. die Unterstützung Österreichs der Forderung nach einer friedlichen Lösung der Krise in Belarus durch Verhandlungen.
28.04.2021	Im Jahresbericht der Partnerorganisationen der Plattform des Europarats zur Förderung des Schutzes des Journalismus und der Sicherheit von Journalist_innen wird über eine beispiellose Repressionswelle gegen den unabhängigen Journalismus in Belarus berichtet.
29.– 01.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja hält sich zu einem Besuch in Italien auf und trifft sich u. a. mit dem italienischen Außenminister Luigi Di Maio und den Leiter_innen der großen Fraktionen im italienischen Parlament. Sie fordert Italien auf, Sanktionen gegen das Lukaschenka-Regime auf EU-Ebene zu unterstützen.
01.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja fordert die UNO, die OSZE, die EU, internationale Organisationen und nationale Regierungen auf, ein Programm zur Unterstützung unabhängiger Medien in Belarus zu starten.

03.05.2021	Das belarussische Justizministerium verkündet, dass die Registrierung der politischen Partei »Sajus« (Union) verweigert wurde. Das Organisationskomitee der Partei wurde auf der Grundlage der gleichnamigen Bürgerinitiative gebildet, die sich seit 2016 für eine belarussisch-russische Integrationsagenda einsetzt.
03.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Ljubljana mit dem Ministerpräsidenten Sloweniens, Janez Janša. Slowenien werde »alle Bemühungen zur Stärkung der Demokratisierung, der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in Belarus nachdrücklich unterstützen«, so Janša.
09.05.2021	Präsident Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet das Dekret Nr. 2 »Über den Schutz der Souveränität und der verfassungsmäßigen Ordnung« und ernannt damit für den Fall seines Todes den Sicherheitsrat zum obersten Führungsgremium des Landes.
09.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja initiiert die Einrichtung einer Kommission zur Dokumentierung von Verbrechen gegen das belarussische Volk.
09.05.2021	Während der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges im Zweiten Weltkrieg kommt es in mehreren belarussischen Städten zu einzelnen Festnahmen, berichten Menschenrechtsorganisationen.
13.– 15.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja hält sich in Griechenland auf und trifft sich in Athen mit der griechischen Präsidentin Katerina Sakellariopoulou. Besprochen werden dabei u. a. das geplante vierte EU-Sanktionspaket gegen Belarus und der von der EU vorbereitete Hilfsplan für Belarus.
14.05.2021	Die diplomatischen Vertretungen der Europäischen Union fordern die belarussischen Behörden auf, ihren internationalen Verpflichtungen und den Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen und der OSZE nachzukommen, teilt die EU-Delegation in Belarus mit. Die Erklärung wurde veröffentlicht, nachdem EU-Diplomaten am 14. Mai nicht den Gerichtssaal betreten konnten, in dem der Prozess gegen eine Gruppe von Student_innen und Lehrer_innen begann, die gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen im August 2020 protestiert hatten.
14.– 24.05.2021	Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet eine Reihe von Gesetzen und Gesetzesänderungen, unter anderem über die Unterbindung einer Rehabilitation des Nationalsozialismus (14.05.), über die Bekämpfung des Extremismus (14.05.), über Massenveranstaltungen (24.05.), über die Medien (24.05.). Menschenrechtler_innen kritisieren, die jüngsten Gesetzesänderungen hätten hinsichtlich der grundlegenden bürgerlichen und politischen Rechte einen repressiven Charakter und zeugten davon, dass die Krise in Belarus sich verschärfe und zu einer Systemkrise werde. Die größten Sorgen bereiteten den Menschenrechtsverteidiger_innen die Gesetzgebung zur Bekämpfung des Extremismus: Jede öffentliche Kritik an den Behörden, an Regierungsvertretern oder an bestimmten Beamten könne laut diesem Gesetz als Extremismus eingestuft werden, erklären Menschenrechtler_innen.
16.05.2021	Das Lew Kopelew Forum in Köln verleiht den Lew Kopelew Preis für Frieden und Menschenrechte für 2020/21 an Swjatlana Zichanouskaja, Maryja Kalesnikawa und Weranika Zapkala.
16.05.2021	Der Generalstaatsanwalt von Belarus, Andrej Schwed, erklärt, die Generalstaatsanwaltschaft habe im Rahmen von Untersuchungen für ein Strafverfahren zum Völkermord am belarussischen Volk während des Großen Vaterländischen Krieges (1941–45) Nazi-Verbrecher der litauischen SS-Bataillone und der polnischen Heimatarmee (<i>Armia Krajowa</i>) ermittelt und werde sich an die Länder wenden, in denen sie sich aufhalten.
18.05.2021	Das Außenministerium der Republik Litauen erklärt, die Äußerungen aus Minsk vom 16.05., man habe angeblich Informationen über einen Völkermord an Belarus_innen durch in Litauen operierende SS-Bataillone, seien »erbärmliche Versuche«, die Geschichte zu verzerren, um die eigenen in totalitärem Geiste getroffenen Entscheidungen zu rechtfertigen.
18.05.2021	Das Informationsministerium beschließt, den Zugang zu TUT.BY, dem wichtigsten Nachrichtenportal von Belarus, und zu dessen Kopien einzuschränken. Leitende Mitarbeiter von TUT.BY stünden unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung in besonders großem Ausmaß. Mehrere Journalist_innen des Portals werden festgenommen. Ebenso seien zahlreiche Fälle von Verstößen gegen das Mediengesetz wegen Platzierung verbotener Informationen in einer Reihe von Publikationen des Portals festgestellt worden (z. B. Erwähnung des Solidaritätsstiftung BYSOL).
18.05.2021	Die EU-Vertretung in Belarus reagiert auf die Situation rund um das Nachrichtenportal TUT.BY: »Das belarussische Portal TUT.BY ist seit über 20 Jahren das Flaggschiff des belarussischen Journalismus, es wird von der Mehrheit der Internetnutzer_innen im In- und Ausland gelesen und geschätzt, darunter auch von Diplomaten_innen, die mit Belarus zusammenarbeiten«. Die USA verurteilen ebenfalls »das unerbittliche Vorgehen des Lukaschenka-Regimes gegen das unabhängige Portal TUT.BY«. Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, erklärt, das Vorgehen gegen TUT.BY unterstreiche die »äußerst alarmierende Lage der Medienfreiheit« in Belarus. TUT.BY zu blockieren sei ein »feiger Schritt einer Regierung, die die Wahrheit fürchtet«, heißt es in einer Erklärung von Amnesty International.

19.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja fordert den Bundesanwaltschaft Peter Frank in einem Schreiben auf, ein Strafverfahren gegen Aljaksandr Lukaschenka und Vertreter_innen seines Regimes einzuleiten; zuvor hatten deutsche Anwälte im Namen von zehn Belarus_innen Strafanzeige gestellt.
19.05.2021	Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet gibt die Ernennung von drei hochrangigen Expert_innen für eine Mission zur Feststellung der Menschenrechtsverletzungen in Belarus bekannt.
20.05.2021	Die Führung des Generalausschusses der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten verurteilt die Verfolgung von Journalist_innen in Belarus.
23.05.2021	Wegen einer angeblichen Bombendrohung wird ein Passagierflugzeug der Fluggesellschaft »Ryanair«, das sich auf einem Linienflug von Athen nach Vilnius über Belarus befand, von belarusischen Stellen angewiesen, den Kurs zu ändern und in Minsk zu landen. Kurz vor der litauischen Grenze biegt den Flugzeug ab und landet in Minsk. Ein Jagdflugzeug vom Typ MiG-29 wird gestartet, um die Ryanair-Maschine zu begleiten – nach offiziellen Angaben zur Kontrolle und für eine sichere Landung des Passagierflugzeuges. Im Flughafen von Minsk werden der regimekritische und im Exil lebende Blogger Raman Pratasewitsch sowie seine aus Russland stammende Partnerin Sofija Sapega, die sich an Bord befunden hatten, verhaftet. Regimekritische Stimmen in Belarus und im Ausland sprechen von einem Akt von Staatsterrorismus.
23.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja nennt den Zwischenfall mit der Ryanair-Maschine »eine Operation der Geheimdienste zur Entführung eines Flugzeugs« und appelliert an die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO), eine Untersuchung des Vorfalls einzuleiten.
23.– 24.05.2021	Die Generalstaatsanwaltschaften von Litauen und Polen leiten am 23. bzw. 24. 05. 2021 Ermittlungen zur »Entführung« der Ryanair-Maschine ein.
24.05.2021	Das Vorgehen der belarusischen Behörden bei dem Vorfall mit dem Ryanair-Jet sei »eine eklatante Verletzung des Völkerrechts«, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, David McAllister, des Leiters der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus, Robert Biedroń, und des EP-Berichterstatters für Belarus, Petras Auštrevičius.
24.05.2021	Das Belarusische Außenministerium erklärt, das Vorgehen der Behörden im Zusammenhang mit der Landung des Passagierflugzeugs von Ryanair am 23.05. habe vollständig den geltenden internationalen Regeln entsprochen.
24.05.2021	Der Zwischenfall mit dem Flugzeug der Ryanair am 23.05. wird vom Leiter der Fluggesellschaft Michael O’Leary als eine »vom Staat betriebene Entführung eines Flugzeugs« bezeichnet.
24.05.2021	Der Bürgermeister von Riga, Mārtiņš Staķis, ersetzt während der Eishockey-Weltmeisterschaft in Riga zusammen mit dem lettischen Außenminister, Edgars Rinkēvičs, die offizielle Nationalflagge von Belarus durch eine weiß-rot-weiße Flagge (die in Belarus als Oppositionssymbol wahrgenommen wird). Belarus und Lettland fordern am gleichen Tag wechselseitig die Botschafter und diplomatisches Personal auf, das jeweilige Land zu verlassen.
24.05.2021	UN-Generalsekretär António Guterres zeigt sich zutiefst besorgt über »die zweifellos erzwungene Landung eines Passagierflugzeugs in Belarus am 23. Mai und die anschließende Festnahme des belarusischen Journalisten Raman Pratasewitsch an Bord«.
24.05.2021	Der Europäische Rat fordert die Freilassung von Raman Pratasewitsch und Sofia Sapega und die Verhängung weiterer gezielter wirtschaftlicher Sanktionen gegen Belarus. Die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation wird vom Europäischen Rat aufgefordert, diesen Vorfall zu untersuchen. Zudem sollten alle Fluggesellschaften mit Sitz in der EU Flüge über Belarus vermeiden. Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Überflüge des EU-Luftraums durch belarusische Fluggesellschaften zu verbieten und den Zugang von Flügen belarusischer Fluggesellschaften zu EU-Flughäfen zu verhindern.
24.05.2021	Die Belarusischen staatlichen Medien verbreiten ein Video mit Raman Pratasewitsch, der am Vortag in Minsk festgenommen worden war. In dem Filmmaterial sagt Pratasewitsch, er sei »so korrekt wie möglich und gesetzeskonform« behandelt worden und werde »die Organisation von Massenunruhen gestehen«.
25.05.2021	Die internationale Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« setzt nach der Videoaufzeichnung der »Bekanntnisse« des belarusischen Bloggers Raman Pratasewitsch, der am 23.05. in Minsk festgenommen wurde, <i>Urgent Actions</i> in Gang.

25.– 26.05.2021	Vertreter_innen der demokratischen Kräfte in Belarus einigen sich auf gemeinsame Aktionen zur Überwindung der »sich verschärfenden politischen Krise«. Die Entscheidung wird nach einer Dringlichkeitssitzung der demokratischen Kräfte getroffen. Ein entsprechendes Kommuniqué wird unterzeichnet von: Swjatlana Zichanouskaja, ihrem Stabschef Walery Kawaleuski, dem Leiter der Nationalen Krisenbewältigungs-Verwaltung, Pawel Latuschka, den Mitgliedern des Präsidiums des »Koordinationsrates« Wolha Kawalkowa und Sjarhej Dyleuski, dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Walery Zapkala und der Politikerin Weranika Zapkala. Die demokratischen Kräfte beabsichtigen, eine internationale Konferenz zur Vorbereitung von Neuwahlen in Belarus abzuhalten sowie die Entwicklung einer umfassenden politischen Reform voranzutreiben.
26.05.2021	Die deutsche Bundesanwaltschaft leitet vorläufige Ermittlungen zu Vorwürfen über ein gewaltsames Vorgehen gegen Demonstrant_innen in Belarus ein.
28.05.2021	In Belarus erfolge eine Repressionswelle von beispiellosem Ausmaß und äußerster Härte, heißt es in einem Bericht der Sonderberichterstatterin des UN-Menschenrechtsrats zur Lage der Menschenrechte in Belarus, Anaïs Marin.
28.– 30.05.2021	In Sotschi findet ein Treffen zwischen Russlands Präsident Wladimir Putin und dem belarusischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka statt. Zu den Ergebnissen des Treffens gibt es keine Abschlusserklärungen.
28.05.2021	Der Nationalen Fernseh- und Rundfunkanstalt der Republik Belarus (»Belteleradyjokampanija«) wird ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Rundfunkunion (EBU) entzogen.
28.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich in Den Haag mit dem Ministerpräsidenten der Niederlande, Mark Rutte, und dem niederländischen Außenministerin Sigrid Kaag. Die Festnahmen von Pratasewitsch und Sapega machten die empörende Unterdrückung der Redefreiheit durch die belarusischen Behörden deutlich, die ein neues Niveau erreicht habe, erklärt Rutte.
29.05.2021	Die USA setzen das Luftverkehrsabkommen 2019 zwischen den USA und Belarus aus. Es wird eine Mitteilung an die Piloten herausgegeben, in der US-Passagierunternehmen zu äußerster Vorsicht bei Flügen im belarusischen Luftraum angehalten werden.
31.05.2021	Swjatlana Zichanouskaja hält sich zu einem Besuch in Estland auf und trifft sich u. a. mit Präsidentin Kersti Kaljulaid. Besprochen werden ein 4. und 5. EU-Sanktionspaket gegen Belarus und ein neuer Plan über EU-Wirtschaftshilfen für Belarus.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen *BelaPAN* und *BelTa* sowie des Nachrichtenportals *naviny.by* bzw. *naviny.online*.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>